



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kaemmel, Otto: Ein mittelstaatlicher Minister in der Zeit der
Reichsgründung : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

sie sagen — nicht lediglich um ihren eignen Nutzen zu thun ist. Vor allem aber sollten die großen ritterschaftlichen (Landschaftlichen) Kreditinstitute darauf Bedacht nehmen, Güter, die sich zur Anlegung von Kolonien eignen, zu einer Zeit zu übernehmen, wo sie noch nicht völlig ausgesogen und die Besitzer noch nicht gänzlich mittellos sind, und daraus Kolonien mit Arbeiterstellen gründen. Die Landschaften haben den großen Vorzug, überall geeignete Vermittler und Vertrauenspersonen zu finden, und auf die Unterstützung der Generalkommissionen können sie mit Sicherheit rechnen. Entschließen sie sich dazu, an der richtigen Stelle und zur richtigen Zeit zur Veränderung der Besitzverteilung beizutragen, dann erwerben sie sich ein doppeltes Verdienst: sie behüten das eine oder das andre ihrer Mitglieder vor dem gänzlichen Untergang und helfen den auf ihrer Scholle verbleibenden Berufsgenossen einen der schwersten Schäden zu überwinden, unter denen die Landwirtschaft in den östlichen Landesteilen leidet — den Arbeitermangel. Ebenso sollten sich die Provinzialverwaltungen und die Landwirtschaftskammern mit der Frage praktisch befassen; auch ihnen stehen alle die Mittel zu Gebote, die den Landschaften die Aufgabe erleichtern würden.

Aber Eile thut not! Denn die Besorgnis ist nicht grundlos, daß sich nicht mehr leicht Bewerber um Häuslerstellen finden werden. Und wenn noch zehn Jahre ins Land gegangen sein werden, dann wird der Zug nach der Stadt auch die Landarbeiter der Industrie zugetrieben haben, die sich jetzt vielleicht noch durch den Erwerb eines kleinen bäuerlichen Anwesens in dem bezeichneten Umfang auf dem Lande zurückhalten lassen.

Frankfurt a. d. O.

H. Meß

Präsident der Generalkommission



Ein mittelstaatlicher Minister in der Zeit der Reichsgründung

Von Otto Kaemmel

(Schluß)



zwischen war nach dem unerwarteten Tod Mathys am 4. Februar 1868 Jolly zum Präsidenten des Staatsministeriums und zum Minister des Innern erhoben (12. Februar) worden; auch die 1866 österreichisch gesinnten Mitglieder, der Justizminister Stabel und der Kriegsminister General Ludwig, wurden entlassen, um dem neuen Kabinett einen ganz einheitlichen nationalen Charakter zu geben. In

diesem Sinne war vor allem die Ernennung des bisherigen preußischen Militärbevollmächtigten, des Generals von Beyer, zum badischen Kriegsminister (23. Februar), denn es galt jetzt die Armee mit streng militärisch-monarchischem Geiste zu erfüllen und sie in jeder Beziehung möglichst eng an das norddeutsche Heer anzuschließen. Das gelang in solchem Grade, daß die badischen Truppen in Bewaffnung, Ausrüstung, Exerzitium und Gliederung 1870 eine vollwertige preußische Division bildeten. Noch enger wurde diese Verbindung durch den Vertrag mit Preußen, der den Unterthanen beider Staaten gestattete, ihrer Wehrpflicht in dem einen oder dem andern zu genügen. Auch die Einführung der norddeutschen metrischen Maß- und Gewichtsordnung, des norddeutschen Rechtshilfegesetzes und des preußischen Unterstützungswohnsgesetzes näherten Baden dem Norden, und so mannigfach auch die Opposition war, die sich im Lande gegen diese zielbewußte Politik erhob, so ergaben doch die Wahlen zum Zollparlament 1868 insofern ein für Solly günstiges Resultat, als die nationalliberale Partei von vierzehn Sitzen acht gewann, während in Bayern und Württemberg die Partikularisten und die Ultramontanen siegten. Damit parallel ging die Zurückweisung des bayrischen Vorschlages im April 1868, eine süddeutsche Militärkommission zu schaffen, denn das wäre ein erster Schritt zur Bildung eines Südbundes gewesen, von dem man in Karlsruhe schlechterdings nichts wissen wollte. Einen Schritt, die förmliche Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund herbeizuführen, unternahm Solly trotzdem nicht; er stand deshalb auch dem darauf zielenden Antrage Lasfers im Reichstage am 24. Februar 1870 fern, wenngleich er den Gegengründen, die Graf Bismarck in seiner sehr scharfen Rede bei der Debatte wie in einer verbindlichen Note an den preußischen Gesandten in Karlsruhe vom 28. Februar anführte, nicht ganz beipflichten konnte, denn er meinte, der Beitritt Badens würde sofort auch Hessen-Darmstadt und Württemberg zu demselben Schritte zwingen, auf Bayern aber könne man im nächsten Menschenalter ohnehin nicht rechnen. Er übersah dabei offenbar die europäische Lage nicht völlig, die Graf Bismarck natürlich besser kannte. Wenn sein Biograph hinzufügt, die Aufnahme der süddeutschen Staaten länger hinauszuschieben sei deshalb bedenklich gewesen, weil der Nordbund, sich selbst überlassen, mit der Zeit zum Einheitsstaat werden mußte und in einen solchen der Süden nicht eintreten konnte, so beruht das auf gründlicher Verkennung der norddeutschen Verhältnisse.

Die nationale Arbeit mußte Solly unter fortwährenden Kämpfen teils mit den Ultramontanen, teils mit seinen eignen Parteigenossen durchführen. Bis in die sechziger Jahre hinein hatte bei der römischen Geistlichkeit Badens der Einfluß des milden Generalvikars Heinrichs von Wessenberg (1800—1817), der im Protestantismus nur eine „Kirche linker Hand“ sehen wollte, nachgewirkt, unter seinen Nachfolgern waren dagegen die Jesuiten im Rate des

Erzbischofs wie in der Erziehung der Geistlichen mehr und mehr zur Herrschaft gelangt, und der junge Nachwuchs wurde ultramontan. Als daher der greise Erzbischof Vicari am 14. April 1868 starb, enthielt die aufgestellte Kandidatenliste fast nur Ultramontane, sodaß die Regierung sieben von acht Namen strich, also eine neue Liste forderte. Da der Papst die Aufstellung einer solchen verbot, so kam zunächst überhaupt keine Neuwahl zustande. Während dieses Provisoriums gab ein Gesetz 1869 die Eheschließung frei, ein zweites übertrug die Verwaltung der Armenstiftungen den politischen Gemeinden, ein drittes führte die obligatorische Zivilehe ein. So erweiterte sich der Gegensatz, und die Neuwahlen zur zweiten Kammer 1869 brachten schon vier Ultramontane in die Kammer (statt des bisherigen einzigen Vertreters). Viel gefährlicher und viel bedenklicher wurde für Solly die Entfremdung, die zwischen ihm und einem großen Teile der liberalen Partei eintrat, weil er nicht alle ihre Ideale erfüllen konnte oder wollte. Im November 1868 versandten vierzehn in Offenburg versammelte liberale Abgeordnete, an ihrer Spitze Lamey, Bluntschli und Kiefer, ein Rundschreiben, worin sie die Regierung anklagten, sie habe sich von der liberalen Partei entfernt, weil das Ministerium ohne Mitwirkung der Kammermehrheit gebildet worden sei, und worin sie als programmatische Forderungen Sparsamkeit im Heerwesen, Freiheit der Religion und der Wissenschaft aufstellten. Die scharfe Abfertigung, die Treitschke, Sybel, G. Freytag u. a. dieser auffälligen Kundgebung zu teil werden ließen, war verdient, denn sie war kurzfristig und beruhte zudem teilweise auf persönlichen Gründen: Lamey und Bluntschli hofften selbst ins Ministerium einzutreten. Da Solly seine Sache in der Presse ruhig verteidigen ließ und ein Teil der „Offenburger“ den Fehler bald erkannte, so entfernte eine größere Versammlung am 26. Dezember die anstößigen Teile des Programms. Kurz darauf belehrte die großdeutsch-demokratische „Wahlreformliga,“ die in Verbindung mit dem „katholischen Volksverein“ das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für den Landtag forderte, die Liberalen darüber, daß ihre Opposition gegen ihr eignes Ministerium ein Spielen mit dem Feuer sei, da, wenn diese Forderung erfüllt wurde, die Herrschaft wieder wie in den schlimmen Jahren 1849 und 1866 an die Massen übergehen konnte. So verwarf eine zweite liberale Versammlung von mehr als zweitausend Teilnehmern in Offenburg am 22. und 23. Mai 1869 jede Änderung des Heergesetzes und das allgemeine Wahlrecht und billigte die deutsche Politik der Regierung. Eine Adresse an den Großherzog brachte diese Gesinnung zum Ausdruck, die liberale Partei des Landes war wieder einig, und die dem Landtage von 1869/70 von Solly vorgelegten Gesetze bewiesen, daß der Zweifel an der liberalen Gesinnung des Ministers durchaus unberechtigt gewesen sei.

Freilich, es fehlte viel, daß das Land ganz und gar hinter Sollys Politik gestanden hätte. Daß für eine nationale Politik auch Opfer zu bringen seien, das wollte auch vielen Liberalen, geschweige der großen Masse des Volks,

noch immer nicht in den Sinn. Es bedurfte deshalb, um sie durchzusetzen, der ganzen Energie Sollys, der „die Staatskunst nicht im Vollzug des Willens der Mehrheit, sondern in der Verwirklichung des selbst als richtig Erkannten“ sah. Sein Verdienst erscheint umso größer, als damals in den übrigen süddeutschen Staaten der ultramontane, demokratische oder dynastische Partikularismus regierte. In Hessen zögerte Dalwigk sogar, die Militärkonvention auszuführen, bis er von Berlin energisch und ohne jede Rücksicht auf die jetzt (28 Jahre nach der Reichsgründung!) sogar von „nationalen“ Blättern so zärtlich beschützte kleinfürstliche Empfindlichkeit eines bessern belehrt wurde. In Württemberg opponierten die Demokraten den Verpflichtungen der Schutz- und Trutzverträge, agitirten für die weitere Verkürzung der zweijährigen Dienstzeit und begeisterten sich für das Milizsystem; der Minister Varnbüler aber, der 1866 etwas vorschnell gegen Preußen das stolze Wort *Vae victis!* ausgesprochen hatte, galt damals mit Recht als eine Säule des Partikularismus. Nur der Kriegsminister von Wagner (später von Sadow) und der Justizminister von Mittnacht gaben der Regierung eine etwas nationalere Färbung. In Bayern hatte die Opposition der Ultramontanen soeben (Februar 1870) den nationalgesinnten Fürsten Hohenlohe gestürzt, und sein Nachfolger Graf Bray wollte die Verträge nur halten, soweit das unvermeidlich war. Das machte der Landtagsmehrheit Mut, im März eine Kürzung des Militärbudgets zu beantragen, in der stillen Hoffnung, daß dann Preußen die Bündnisverträge kündigen möchte! Wahrlich, solch erleuchtete Staatskunst rechtfertigt das herbe Wort, das Treitschke zunächst über die süddeutschen Zollvereinswahlen von 1868 aussprach, daß Süddeutschland auch die bescheidensten Hoffnungen zu schanden gemacht habe. Und das alles, während die französische Begehrlichkeit an der offenen Rheingrenze lauerte! Umso höher steht die nationale Politik, die in Baden „dicht vor dem Feinde“ Großherzog Friedrich und sein Ministerium Solly vier Jahre lang aufrecht erhielten.

So kam der Krieg von 1870 gerade recht, um ganz Süddeutschland aus einer je länger je mehr unhaltbaren Lage zu befreien. Freilich, ehe er entschieden war, zogen über das langgestreckte Grenzland bange Tage herauf. Als am 12. Juli eine Depesche aus Berlin auf die Kriegsgefahr aufmerksam machte, waren die Sommerurlauber soeben entlassen, der Chef des Generalstabs, Oberstleutnant Leszynski, in der Schweiz, die Artillerie auf dem Schießplatz bei Forchheim, drei Stunden von Rastatt. Wenn die Franzosen, wie man nach ihrem überhasteten Vorgehen erwarten mußte, ein kurzes Ultimatum stellten und nach der Ablehnung mit fünftausend Mann über den Rhein gingen, dann wurde die Mobilisierung gestört, und es war unmöglich, die badischen Truppen vollzählig in der vorbereiteten Stellung um Rastatt zu versammeln. Dazu kam die Haltung von Württemberg und Bayern, wo die herrschenden Parteien zunächst höchstens die bewaffnete Neutralität wollten. Insbesondere aus

Württemberg langten fort und fort die besorgtesten Briefe an. Auch König Wilhelm in Ems zweifelte noch am 13., nach der entscheidenden Unterredung mit Benedetti, an dem Anschluß der beiden Staaten, und am 11. August schrieb Baumgarten an Sybel in Bonn: „Es ist sehr schön, daß heute ganz Deutschland für Bayern schwärmt. Wie es aber bis gegen den 20. in Wahrheit stand, war weniger herrlich.“ In dieser drangvollen Lage fand vor allem Sollys klare Festigkeit den richtigen Weg. „Unter der Hand alles, was möglich ist, sagte er den besorgten Freunden, aber nicht das Geringste, was Frankreich einen Anlaß geben kann, mit uns anzubinden.“ So wurden die Staatskassen gepackt, und auf dem Bahnhof stand Tag und Nacht eine geheizte Lokomotive bereit, um im Notfalle den Großherzog und sein Ministerium nach Wertheim zu bringen. Aber erst am Nachmittage des 15. Juli, als die Nachricht von Gramonts kriegerischen Erklärungen in der französischen Kammer jede friedliche Wendung ausschloß, ergingen die Befehle zu mobilisiren und die Sprengung der Kehler Rheinbrücke vorzubereiten. „Als am 16. morgens die Aufforderung (aus Berlin) eintraf, mobil zu machen, konnten wir antworten, daß damit schon begonnen sei. Abends waren schon die Regimenter von Freiburg und Konstanz in Rastatt und die Mine mit zweihundert Zentner Pulver geladen. Am 17. morgens kam das 34. preußische Regiment“ (Baumgarten an Sybel). Die rohe Drohung des französischen Gesandten, des Grafen Moosbourg, wenn die Franzosen ins Land kämen, würden sie nichts schonen, selbst die Frauen nicht, begegnete in Karlsruhe kalter Verachtung. In der Nacht des 22. wurde die Kehler Brücke gesprengt, ganz besonders auf Sollys Drängen, der damit aller Welt die klare Entschlossenheit Badens zeigen wollte und die Stunden zählte, bis es geschehen war; am 23. stand die badische Division kriegsfertig um Rastatt versammelt, an demselben Tage begannen die norddeutschen Truppen in der bayrischen Pfalz einzumarschieren. Den Landtag einzuberufen hatte man nicht für nötig gehalten, die Verwendung der soeben für Eisenbahnbauten aufgenommenen Anleihe zu militärischen Zwecken verstand sich von selbst.

Der Eindruck der ersten siegreichen Schlachten konnte nirgends mächtiger sein als in Baden, das durch sie aller Gefahr enthoben wurde. Von badischem Boden und aus den Solly nahestehenden Kreisen gingen auch die beiden wirkksamsten Flugschriften dieser Zeit aus. In Heidelberg schrieb Treitschke den packenden Aufsatz: „Was fordern wir von Frankreich?“ In Karlsruhe zeigte Baumgarten „zwischen Wörth und Sedan,“ „Wie wir wieder ein Volk geworden sind.“ Auch amtlich wurde der Gedanke, Elsaß und Deutsch-Lothringen zurückzufordern, zuerst von Baden angeregt. In einer Denkschrift an den Großherzog begründete Solly diese Forderung mit den Rücksichten der militärischen und politischen Sicherheit Süddeutschlands und schlug gleichzeitig vor, das eroberte Land weder in einen neutralen Staat zu verwandeln noch an Bayern oder Baden zu geben, sondern es mit Preußen zu vereinigen, ganz wie Treitschke; gleichzeitig regte er den Anschluß der süddeutschen Staaten an

den Norddeutschen Bund und die Wiederherstellung der Kaiserwürde an. Graf Bismarck antwortete zustimmend von Rheims aus in einer Note vom 12. September an den preußischen Gesandten in Karlsruhe, den Grafen Flemming, die dieser am 18. September (natürlich nicht am 18. Januar, wie es im Buche aus Verschen fälschlicherweise heißt) Solly vorlas, doch wollte er wenigstens „einstweilen“ Elsaß-Lothringen „als gemeinsames, unmittelbares Reichsland“ verwaltet wissen und schob die Initiative zu den Verhandlungen den süddeutschen Staaten zu. Auch zahlreiche Volksversammlungen in den badischen Städten, die nach Sedan im Einverständnis mit Solly von liberalen Abgeordneten, namentlich dem eifrigen Kiefer, berufen wurden, sprachen sich für seine Vorschläge aus. Da sich nun Bayern und Württemberg nicht rührten, so forderte Bismarck durch seinen Gesandten am 2. Oktober Baden auf, den beabsichtigten Antrag zu stellen, und bat, als dies schon am 3. Oktober geschehen war, am 12. Oktober die badische Regierung, Unterhändler nach Versailles zu schicken, wo sich das große Hauptquartier seit dem 5. Oktober befand.

Als solche reisten Solly und sein Kollege, der Minister des Auswärtigen, Rudolf v. Freydhof, am 20. Oktober nach Versailles ab, wo sie nach mancherlei mit Gemütsruhe ertragnen Fährlichkeiten am 23. mittags anlangten und überall mit großer Zuversicht, vom König Wilhelm und vom Kronprinzen „mehr als gnädig“ aufgenommen wurden. Über Bismarck schrieb Solly am 28. Oktober: „Bismarck ist ein wunderbarer Mann. Bei seinem Abschied (von einem Besuche) war ich, ich muß bekennen, von seiner Persönlichkeit entzückt. — Die sprudelnde Fülle von Gedanken und Anschauungen, die ganz überlegene Betrachtung der Dinge im großen versteht sich von selbst, und auch der Bilderreichtum der öffentlichen Rede kehrt ungemein anregend im Privatgespräch wieder, um so auffallender bei der etwas stockenden Sprache.“ Bewundernde Sympathie erweckten ihm auch das Benehmen der deutschen Truppen und der höhern Offiziere, mit denen er in Berührung kam. Die Unterhandlungen, die namentlich Delbrück führte, machten mit Baden und Württemberg gute Fortschritte, mit Bayern so langsame, daß Bismarck unter Umständen auch ohne Bayern abschließen wollte. Über den Kaisertitel war man schon damals ziemlich einig. Als Beweis für „das geringe Zeitverständnis“ des Grafen Bray berichtet Solly, dieser habe ihn aufgefordert, für Baden den Königstitel zu verlangen, „in dem Augenblicke, wo dieser Staat sich wegen der Mängel der Kleinstaaterie der Souveränität begeben und in einen Bundesstaat eintreten wollte“; er sah freilich dahinter den alten bayerischen Wunsch, die badische Pfalz gegen ein Stück des Elsaßes einzutauschen. Um die Frage wegen der badisch-preußischen Militärkonvention zu erledigen, traf der Großherzog am 6. November selbst in Versailles ein, die Verhandlungen aber führte Solly meist mit Podbielsky zum Abschluß. Im frohen Bewußtsein „großer herrlicher Thaten und Zeiten“ unterzeichnete er am 15. November zugleich mit Hessen den Vertrag über den Beitritt Badens zum „Deutschen Bunde.“

wie es zunächst noch hieß; am 21. November wurde auch die Militärkonvention endgiltig festgestellt. Endlich, nachdem alles fertig war, reiste Solly, zuletzt noch durch Krankheit aufgehalten, am 28. November ab und traf am 30. wohlbehalten wieder in Karlsruhe ein.*) Am 13. Dezember eröffnete er im Namen des Großherzogs den Landtag, und nachdem dieser gegen nur wenige Stimmen die Verträge freudig gutgeheißen hatte, schloß Solly die Sitzungen am 21. Dezember mit einer glänzenden, begeistert aufgenommenen Rede. Bei einem Festmahle der beiden Kammern in der Karlsburg zu Durlach wurde er gefeiert wie niemals ein badischer Staatsmann, und auch während der Weihnachtszeit gingen ihm noch zahlreiche Glückwünsche zu. Die Kaiserproklamation in Versailles am 18. Januar 1871 durfte er als die glänzende Krönung auch seines Werkes betrachten, und mit besondrer Genugthuung erfüllte es ihn, daß in denselben Tagen die tapfern badischen Truppen an der Vaisaine, fast vor den Thoren des eignen Landes, die Übermacht Bourbonais zurückwerfen halfen. Die preußische Schule, die ihnen Solly verschafft hatte, hatte sich bewährt.

Solly war am 19. Februar eben in Berlin eingetroffen, um an den ersten Verhandlungen des Deutschen Bundesrats teilzunehmen, als ihn die Aufforderung Bismarcks wieder nach Versailles berief. Er reiste am 22. Februar von Karlsruhe dahin ab, traf, vom Großherzog mit der liebenswürdigsten Fürsorge empfangen, am 25. Februar dort ein und war bei den Verhandlungen Bismarcks mit Thiers und Favre über den Vorfrieden zugegen. Seine Briefe darüber gehören zu den wertvollsten Dokumenten dieser Zeit, denn sie schildern diese historischen Vorgänge mit der frischesten Anschaulichkeit. So die Schlußverhandlung am 26. Februar: „Die Szene im Versammlungsfaale — im Bundeskanzleramte — ist das grandioseste, was die Phantasie eines Dichters erfinden, der Pinsel des genialsten Malers darstellen könnte. Letzterer mußte sich als Mittelpunkt den Augenblick wählen, wo Rothschild, ein kleines schwächliches Männchen mit (einer unvergleichlichen Judenphysiognomie und) schlotternden Knieen, vor dem etwas gereizten Bismarck steht, der ärgerlich, daß die Sache nicht fertig wird, mit lauter Stimme und trotz Hegenfuß hoch aufgerichtet erklärt: »Wenn der Herr Baron keine Neigung hat, die gewünschten Vorschläge zu machen, müssen wir sehen, wie wir sonst fertig werden.« Stammelnde Antwort: »Exzellenz, ich bin geneigt.«“ Schlagfertig gab Solly selbst einmal Thiers, als dieser bei ihm, als dem Nachkommen einer verjagten Hugenottenfamilie, Mitleid für Frankreich zu erregen suchte und ihm zuletzt pathetisch zurief: „Hören Sie auf die Stimme Ihres alten Vaterlandes!“ die prächtige Antwort: „Der Ton aus der Vergangenheit, den ich hier am deutlichsten vernehme, ist die Glocke von

*) Über diese Verhandlungen berichten auch die Tagebücher und Briefe Freydorfs bei Poschinger, Fürst Bismarck und der Bundesrat II, 172 ff.

St. Germain l'Auxerrois, welche das Signal zur Bartholomäusnacht gab.“ „Da verstummte der gesprächige kleine Herr und ließ mich in Frieden,“ setzt er hinzu. Nach dem Abschlusse wohnte er am 1. März der berühmten Kaiserparade auf den Longchamps vor dem Einzuge in Paris mit bei. „Auch wer sonst kein Freund von Paraden ist, konnte als Deutscher diese historische Parade doch nur mit stolzester Freude betrachten: die Kraft der Nation nach beispiellosen Siegen und ebenso beispiellosen Anstrengungen frisch und munter, zu jeder neuen Leistung bereit und befähigt. Ich werde diesen Morgen — gegen Ende der über zwei Stunden ausfüllenden Feierlichkeit brach die Sonne durch den Nebel und ließ die Umgebung in ihrer ganzen Pracht erkennen — nie vergessen.“ Am nächsten Tage fuhr er selbst nach Paris hinein; dann kehrte er nach Karlsruhe zurück. Er hätte wahrlich die Reichsdotation verdient, die man ihm in Berlin anfangs zugedacht hatte, aber man wollte Württemberg und Bayern nicht vor den Kopf stoßen, wo Staatsmänner von ähnlichem Verdienste nicht zu finden waren.

Es galt nun sich im neuen Reiche einzurichten. Solly war mit der Reichsverfassung nicht in allen Punkten einverstanden. Dem Bundesrate traute er wenig zu, er hätte ein Staatenhaus lieber gesehen, und von den Volksvertretungen fürchtete er eine rasche „Entwertung“ wegen des unstaatlichen manchesterlichen Sinnes im deutschen Bürgertume; für die Zukunft setzte er seine Hoffnungen auf einen Senat, den er sich aus den besten staatsmännischen und administrativen Kräften zusammengesetzt dachte. In Baden war natürlich seine eigne Stellung sehr verstärkt, so böses Blut auch bei vielen gerade die Militärkonvention machte; auch die Neuwahlen zum Reichstage in Baden fielen sehr günstig für ihn aus, und bei den Neuwahlen zum Landtage im Herbst 1871 gewannen zwar die Ultramontanen vier Sitze, sodas ihre Zahl auf neun stieg, aber die große Mehrheit der Zweiten Kammer, einundfünfzig, war regierungsfreundlich. So gelang es Solly nicht nur eine wesentliche Verminderung der Beamtenschaft bei Verbesserung der Besoldung durchzusetzen, sondern auch die Aufhebung des badischen Kriegsministeriums und der badischen Gesandtschaften außerhalb Deutschlands, also Baden aufs festeste dem Reiche einzufügen.

Wie kam es nun, daß Solly schließlich doch, trotz so glänzender Erfolge und Verdienste, scheiterte, wenige Jahre nach der Reichsgründung?

Er ist gescheitert am „Kulturkampf“ und an dem unbelehrbaren Unverstande seiner liberalen Parteigenossen. Er selbst hoffte den damals bestehenden Waffenstillstand mit der römischen Kirche trotz der Verkündung des Unfehlbarkeitsdogmas (im Erzbischof Freiburg am 14. September 1870) behaupten zu können, er unterhandelte deshalb mit dem Freiburger Ordinariat über eine Abänderung des „Kulturexamens“ und begnügte sich, da dies zu nichts führte, mit einer Neuordnung der Prüfung für die evangelischen Geistlichen (2. November 1872). Er ließ auch die altkatholische Landesversammlung (Januar

1871) zu, aber er versprach sich persönlich von der ganzen Bewegung nichts. Doch da drängten ihn der Ausbruch des preußischen „Kulturkampfes“ und die kirchenfeindliche Gesinnung der Liberalen wider seinen Willen weiter. Er mußte auf ihre Anträge in der Zweiten Kammer, den Ordensleuten jede Lehrtätigkeit zu untersagen, alle „auswärtigen“ Missionen zu verbieten, die nun entstandenen „klosterähnlichen“ Anstalten untersuchen zu lassen und die Altkatholiken zu schützen, eingehen, ja schließlich von allen Geistlichen das „Kulturexamen“, dessen Bestehen die kirchliche Behörde verbot, fordern, die geistlichen Konvikte und Seminare aufheben, zuwiderhandelnde Geistliche mit Strafen bedrohen, obwohl er die mißlichen Folgen: die massenhafte Verurteilung von Geistlichen und die dadurch in weiten Kreisen entstehende Aufregung und Unzufriedenheit sehr wohl voraussah. Aber es war in ihm doch auch etwas von dem juristisch-doktrinären Zuge, den sein preußischer Kollege Falk vielleicht in noch stärkerem Maße hatte, und er meinte den Kampf durch scharfe Mittel rasch zu einem für den Staat annehmbaren Frieden zu bringen, um dann die Hilfe der Klerikalen zu einer Umgestaltung und Verstärkung der Ersten Kammer zu gewinnen, die er als Gegengewicht gegen die zunehmende Demokratisierung der Zweiten für nötig hielt. Daher wollte er jetzt auch keine Besetzung des erzbischöflichen Stuhls, obwohl Rom darüber zu Ende 1873 die Verhandlungen eröffnete und das Domkapitel im Sommer 1874 eine Kandidatenliste einreichte; die Altkatholiken erhielten, nachdem Dr. Hubert Reinkens schon im Dezember 1873 als ihr Bischof auch in Baden anerkannt worden war, durch das Gesetz vom Januar 1874 das Recht zur Bildung kirchlicher Gemeinschaften, die Mitbenutzung der Kirchen, die Teilnahme an den Pfründen und am Kirchenvermögen. Das alles war schon mehr ein Werk der Zweiten Kammer als Sollys. Aber bald schieden sich innerlich ihre Wege ganz. Liberale wie Bluntschli und Kiefer wollten eine „Verfassungsrevision“ durch Abschaffung der Ersten Kammer und Einführung einjähriger Budgetperioden, und Solly fällt über sie das herbe Urteil, die liberale Partei sei „eine Summe von Menschen ohne dominierende Ideen und Personen.“ Dazu stieg bei den Wahlen von 1875 die Zahl der Ultramontanen von zehn auf zwölf (von dreiundsechzig Abgeordneten). Dies drängte den Minister gegen seine Neigung wieder mehr zu den Liberalen hinüber, ohne die er sich doch nicht behaupten konnte; er nahm die liberale Forderung, überall konfessionell gemischte Schulen einzurichten, im Prinzip an, mit einigen Abänderungen zu Gunsten der konfessionellen Minderheiten, worauf das Gesetz ebenso durchging wie ein zweites, anfangs von den Liberalen bekämpftes über die staatliche Dotation der Pfarrer, und der Landtag im Juli 1876 geschlossen wurde. Allein der Großherzog, damals schon auf der Insel Mainau im Bodensee, unterzeichnete zwar schließlich alle, war aber mit der ganzen Kirchen- und Schulgesetzgebung schon längst innerlich nicht mehr einverstanden und schrieb daher, obwohl Fürst Bismarck noch im Dezember 1875 für Solly eingetreten war, dem Minister am 19. September 1876 den Scheide-

brief. Sofort erbat dieser mit Freyhof seine Entlassung und erhielt sie am 21. September mit der selbstverständlichen ehrenvollen Anerkennung seines Wirkens. Die Liberalen hatten durch unverständige Überspannung ihrer doktrinären Forderungen ihr eignes Ministerium gestürzt und dadurch das Ende ihrer eignen Herrschaft vorbereitet.

Auf der Höhe des Lebens, im Besitz seiner vollen Kraft war Solly zur politischen Unthätigkeit verurteilt, denn die Stellung als Präsident der Oberrechnungskammer füllte weder seine Zeit noch sein Interesse aus; ein Reichstagsmandat für Pforzheim, um das er sich im Dezember 1876 bewarb, erhielt er nicht, und einen Ruf an die Spitze des Reichsfinanzamts 1878 lehnte er ab, weil er sich die nötige Fachkenntnis nicht zutraute und auch eine allzu große Abhängigkeit vom Reichskanzler fürchtete. In Baden aber wollte er keine politische Rolle mehr spielen, weil er der vom Großherzog gebilligten neuen Richtung nicht öffentlich entgentreten wollte. Zu wissenschaftlichen Arbeiten empfand der ganz zum praktischen Staatsmann gewordne keine Neigung mehr. So suchte er Befriedigung in seinem schönen, innigen Familienleben, im Verkehr mit Freunden, im Genuße der Litteratur, der Kunst und des Theaters. Eifrig folgte er daneben den Zeitereignissen und vertrat seine Erfahrungen ihnen gegenüber in zwei Schriften. In der ersten „Der Reichstag und die Parteien“ 1880 wies er die Unmöglichkeit der parlamentarischen Regierungsweise für Deutschland nach, in der zweiten „Über den preussischen Kulturkampf“ 1882 entwickelte er seine in Baden befolgten Grundsätze. Allmählich kam das Alter, und mit ihm verstärkte sich auch das alte quälende Leiden, das ihn seit 1863 niemals ganz verlassen hatte. Das große nationale Trauerjahr 1888 traf ihn im Innersten, namentlich der Tod Kaiser Wilhelms. „Ich bin tief erschüttert,“ schrieb er am 12. März seinem jungen Sohne, „und rastlos wandern die Gedanken in die herrlichen Tage zurück, welche der alte Herr vor siebzehn Jahren uns heraufgeführt hat. Die Bewegung ist auch hier allgemein und tief, und doch wird es ein Jahrzehnt dauern, bis auch in der geringsten Hütte die Größe des Verlustes deutlich erkannt wird. Das Urtheil über den Kaiser ist trotz aller Verehrung, die warmherzig genug zum Ausdruck kommt, noch nicht das rechte, die Verehrung für seine Person wird und muß noch gewaltig wachsen. Ich preise mich glücklich, daß ich besser wie andre weiß, welche schlichte menschliche Größe und wahrhaft königlicher Sinn in dem Kaiser verkörpert war.“ Auf's tiefste erschütterte ihn dann die Kunde von der Entlassung des Fürsten Bismarck im März 1890; er nannte es unbegreiflich, daß der Kaiser eine Macht zerstören konnte, die er zu erben berufen war. Seitdem verfiel er sichtlich. Ende September 1891 erkrankte er, erholte sich aber wieder und hatte noch am 14. Oktober die Freude, daß ihm sein jüngerer Sohn seine bevorstehende Anstellung im Staatsdienste verkündigte. Man stieß bei Tische darauf an, doch kurz darnach sank der Vater um, ein Herzschlag hatte ihn getötet. Er war noch nicht 69 Jahre alt geworden.

Die Biographie Jollys ist einer der wertvollsten Beiträge zur Geschichte unsrer größten Zeit von kundiger Hand, obwohl die Darstellung eine gewisse Zurückhaltung übt, die das Bild Jollys weniger lebendig erscheinen läßt, als es sein könnte. Sie ist um so wertvoller, als sie uns das Wirken eines Mannes schildert, der den größten Mangel alles politischen Daseins der Süddeutschen, die Schwäche der Staatsgesinnung und damit den wichtigsten Grund der Verschiedenheit zwischen dem Norden und dem Süden vollständig überwunden hatte. Es ist gerade heute nicht unnütz, dies zu betonen. Denn zuweilen, viel mehr als gut ist, wird heute wieder auf diesen angeblichen Gegensatz hingewiesen, selbst von verständigen, patriotischen Männern. Auch dem Verfasser des größten Teils dieser Biographie entschlüpfen zuweilen Äußerungen, die, gerade heraus gesagt, auf einer Überschätzung der politischen Entwicklung Süddeutschlands beruhen, wie sie vor 1866 Mode war. Er spricht von der „den Süden nun einmal erfüllenden Abneigung gegen den Norden“ als von etwas Selbstverständlichem; er findet, daß in Preußen der Adel noch die Verwaltung beherrsche, und im Norden die monarchische Idee „noch so mächtig“ sei, als ob dies beides eine zurückgebliebene niedrigere Stufe der politischen Reife bedeute; er redet von „preussischen Junkern“ mit einem geringschätzigen Nebensinn. Uns scheint, daß die staatenbildende Kraft, die mit Monarchie und Aristokratie eng verbunden ist, und die allein die Nation vor der Auflösung retten konnte, im Norden immer viel stärker war als im Süden, und daß es die geschichtliche Wahrheit verkennen heißt, wenn man das nicht anerkennt. In Jollys Sinn ist das gar nicht, und es giebt doch sicherlich zu denken, daß bei der jüngsten Reichstagswahl gerade in Baden die staatsfeindlichen Parteien, die Ultramontanen und Sozialdemokraten, alle Wahlkreise erobert haben bis auf vier. Man mag darin eine „natürliche“ und nicht unverdiente Reaktion gegen die lange Herrschaft der nationalen Minderheit sehen, aber wann ist denn jemals und irgendwo etwas Großes anders erreicht worden als durch eine gebildete und denkende Minderheit? Unsrer ganze nationale Zukunft beruht darauf, daß eine solche die Leitung behauptet, denn „die Mehrheit ist nicht die Nation,“ sagte Fürst Bismarck. Das wird sie aber nur dann können, wenn sie jederzeit daran festhält, daß eine gesunde Entwicklung den beständigen Austausch zwischen dem Norden und dem Süden erfordert, nicht den selbstgefälligen Abschluß, und wenn sie niemals den Teil über das Ganze setzt, auch nicht unter reichspatriotischen Redensarten, in denen wir selbst in den schlechtesten Zeiten immer stark gewesen sind.

